

Steuerdelikte müssen konsequent verfolgt werden – CD-ROM mit den Namen mutmaßlicher Steuerhinterzieher muss erworben werden (Plenarsitzung vom 04.02.2010)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Groth. – Nun spricht der Abgeordnete Sagel.

Rüdiger Sagel* (fraktionslos): Meine Damen und Herren! Dass ausgerechnet die Klientel- und Abzockerpartei hier die Rechtsstaatlichkeit entdeckt, ist wirklich ein Witz. Das Rumeiern, das Sie hier vollziehen, ist wirklich grandios.

Der Staat hat doch bereits bei Straftaten versagt, nämlich bei der Straftat der Steuerhinterziehung. Das ist doch die Realität. Sie müssen sich damit auseinandersetzen, dass Sie dort schon versagt haben.

Die Steuerhinterziehungsskandale, die noch nicht allzu lange her sind – unter anderem Postchef Zumwinkel war darin verwickelt; alle wissen es noch –, haben anscheinend nichts bewirkt. Immer noch scheinen Hunderte Millionen in der Schweiz vor der Steuer verborgen zu sein. Das ist doch die Realität.

Das ist eine Offenbarung. Das ist ein grandioses Scheitern der Finanz- und Steuerbeamten in Deutschland. Das ist natürlich auch damit verknüpft, dass Sie hier immer wieder massiv Personal eingespart haben. Das ist doch eine Konsequenz Ihrer Politik.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

Sie machen hier eiskalte Klientelpolitik; denn es ist Ihre Klientel, die Klientel der Reichen und Besserverdienenden, für die Sie hier jeden Tag Politik machen, für die Sie jetzt in Berlin auch die Packung kriegen und für die Sie ganz konkret auch von den Wählerinnen und Wählern in der Umfrage im Augenblick die Aussagen bekommen. Das ist doch die Realität.

Wir müssen ganz offen feststellen, dass es sich um Kriminelle handelt. Das hätte ich von Ihnen gerne einmal so deutlich gehört.

(Ralf Witzel [FDP]: Ist Datendiebstahl denn nicht kriminell?)

Auch da eiern Sie herum – mit Kronzeugenregelung und ich weiß nicht was. Auch das ist Klientelschutz. Sie, die FDP, sind die Klientelpartei Nummer eins hier in Deutschland.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Schluck Wasser trinken, Kollege!)

Diese Leute zeigen auch noch nicht einmal Reue. Sie beklauben Deutschland. Sie hätten die

Möglichkeit gehabt, die Gelder straffrei wieder nach Deutschland zu bringen und die Steuern nachträglich zu zahlen. Was ist passiert? – Nichts ist passiert. Ihr Verhalten ist nicht nur strafbar, sondern auch moralisch höchst verwerflich. Das bestimmt auch die Politik, die Sie hier betreiben. Auf der anderen Seite ist Datenraub natürlich auch kriminell.

(Zurufe von der CDU: Ach!)

Wir, die Linke, stehen gegen Datenmissbrauch auf allen Ebenen. Das sagen wir auch so deutlich. Wir wollen die Privatsphäre der Menschen schützen. Wir wollen keine Online-Durchsuchung. Wir wollen keine Bespitzelung am Arbeitsplatz.

(Zurufe von der CDU)

Dazu hätte ich von Ihnen gerne auch einmal ein bisschen mehr gehört. Wir wollen auch sichere Bankdaten.

Wir wollen aber auch nicht, dass Menschen dem Staat Geld vorenthalten. Deshalb wollen wir – und ich war der Erste, der hier immer wieder diesen Antrag gestellt hat – endlich mehr Steuerfahnder; denn Sie haben 1.000 Stellen in der Finanzverwaltung und bei den Steuerfahndern in Nordrhein-Westfalen weggekürzt.

Das ist genau die Konsequenz Ihrer Politik. Sie schützen Ihre Klientel, indem Sie hier Steuerfahnderstellen streichen, indem sie hier die Leute nicht einstellen und indem Sie hier nach wie vor zu wenige Leute ausbilden. Damit eröffnen Sie die Möglichkeit, dieses Geld in die Schweiz zu transferieren – Geld, das zum Teil illegal erworben worden ist, das illegal transportiert wird usw. Genau das unterstützen Sie mit Ihrem System, das Sie hier praktizieren.

Deswegen kann man klipp und klar sagen: Diese Politik machen wir als Linke nicht mit. Wir wollen eine andere Politik. Wir wollen tatsächlich, dass diesen Sachen endlich auf den Grund gegangen wird, dass hier mehr Personal eingestellt wird und dass diese Sachen zukünftig nicht passieren.

Natürlich ist es auch sinnvoll, endlich konkret vorzugehen, wie das jetzt auch gemacht wird, und solche CDs anzukaufen, damit dieser Missbrauch endlich beendet wird und damit die Leute, die diese Politik machen, dann auch bestraft werden.

Präsidentin Regina van Dinther: Das war der Abgeordnete Sagel. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Dr. Linssen.